Sparpaket, Rente mit 67 und Kopfpauschale - es gibt nichts daran zu „korrigieren“ – sie müssen weg!

Der 7. September in Frankreich:

2,7 Millionen ArbeitnehmerInnen haben in Streiks und Demonstrationen unzweideutig ihren entschiedenen Widerstand gegen den Gesetzentwurf der Regierung Sarkozy zur Rente manifestiert. Nach einem erbitterten Kampf, der sich den ganzen Sommer über hinzog, haben die Gewerkschaftsmitglieder die vereinte organisierte Mobilisierung durch alle Gewerkschaftsbünde, durch CGT, CFTD und CGT-FO, gegen die Gewerkschaftsführer durchgesetzt – für eine machtvolle Demonstration unter der Losung: „Diese Rentenreform kann man weder abändern noch verhandeln: Rücknahme!“ (s. Artikel S. 8)

In Deutschland konzentrieren die drei Antireformen der Regierung Merkel, die allen europäischen Völkern von EU und IWF zur Rettung der Finanzmärkte diktiert werden, die Ablehnung der Bevölkerungsmehrheit, der Arbeitnehmerschaft und ihrer Gewerkschaften gegen sich:

Allen voran das Sparpaket, das Millionen Arbeitnehmerfamilien noch weiter in die Verarmung, ja Verelendung stürzen soll. Das verhasste Gesetz der Rente mit 67, das hinter dem zynischen Gebot einer längeren Lebensarbeitszeit, für die es schon heute keine Arbeitsplätze gibt, eine brutale Rentenkürzung erzwingen will.

Mit der „Kopfpauschale“ und den damit verbundenen Reformmaßnahmen will uns die Regierung die endgültige Zerstörung der historischen Errungenschaft der solidarisch und paritätisch finanzierten gesetzlichen Krankenversicherung servieren.

Seit Wochen und Monaten wächst der Widerstand der Bevölkerungsmehrheit, die nicht mit solchen „Reform- und Sparmaßnahmen“ für die Milliardenrettung der Banken, Spekulanten und Konzerne bluten will.

Für sie gibt es nichts daran zu „korrigieren“ oder „gerechter zu gestalten“ – sie müssen vom Tisch, müssen zurückgenommen werden!

Es ist keine Frage: gegen die vereinte Front der Arbeitnehmerschaft und ihrer Organisationen, Gewerkschaften und SPD, könnte die krisengeschüttelte Regierung Merkel niemals ihr Reformschläge durchsetzen.

Für die Regierung Merkel ist der ihr von der SPD-Führung unter Gabriel angebotene „Pakt der Vernunft“ zu einer Überlebensfrage geworden. Trotz aller scharfen Worte, mit der Gabriel in der jetzigen Bundestagsdebatte den Sparhaushalt der Regierung gezeißelt hat, bleibt das Angebot der SPD-Parteiführung, angesichts der Krise mit der schwarz-gelben Koalition zusammen zu arbeiten und ihr zu helfen, über eine „korrigierenden“ Begleitung im Sinne einer „sozialverträglicheren Gestaltung“ ihr grausames Kürzungsprogramm durchzusetzen. Genauso, wie es ihm, nach seinen eigenen Worten, „nicht darum geht, den Rentenbeschluss zu kühlen, sondern dass wir die Voraussetzungen schaffen“.

Und Merkel braucht die Unterstützung der Gewerkschaftsführung.

Der DGB-Vorsitzende Sommer erklärt am 24. August: „Wir lehnen die Rente mit 67 generell ab; sie muss vom Tisch.“ Von der IG Metall-Führung gibt es die Forderung: die „Rente mit 67 muss weg, ohne Wenn und Aber“.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz am 9. September versichern sich Sommer und Merkel ihres gegenseitigen Dankes für ihre jeweilige Rolle in der gemeinsamen „Krisenbewältigung“.

Sommer, der Merkel die Hand für die weitere Zusammenarbeit zum „Erhalt der sozialen Balance“ auch nach der Krise reicht, erklärt dann zur Frage der Rente: „Wir haben noch einmal appelliert, das ist von Ihnen (Merkel) dankenswerter Weise aufgegriffen worden, bei der Rente mit 67 nicht nur die prinzipielle Frage zu stellen, sondern auch die Frage zu stellen, wie man möglicherweise unterhalb der Schwelle, über die wir uns nicht einigen können, nämlich der Frage des Renteneintrittsalters mit 67, im Bereich der Erwerbsminderungsrente weiterkommt.“

Wird auch nur ein Gewerkschaftskollege und Arbeitnehmer dieses Angebot von Sommer an Merkel akzeptieren können, dass der DGB solange die Rente mit 67 nicht vom Tisch zu bekommen ist, bereit ist zu einer Einigung auf der Basis einer „Korrektur“ des Gesetzes, d.h. seiner „sozialverträglicheren Gestaltung“?

In den Diskussionen der KollegeInnen und in den Gewerkschaften drückt sich

immer häufiger das Fehlen jedes Verständnisses dafür aus, dass ihre Führungen zu zersplitterten Protestaktionen aufrufen, in denen die Forderungen, dass die Gesetze und Gesetzentwürfe zum Sparpaket, zur Rente mit 67 und zur Kopfpauschale vom Tisch gefegt werden müssen, in einem Brei von „Themen“ untergehen.

Niemand kann glauben, dass solche „Herbstaktionen“ die Regierung Merkel stoppen können: „Es gibt leider die Erfahrung, dass eine „Mobilisierung“, die nur protestierend bleibt, sich aber praktisch nicht das Ziel setzt, ernsthafte Ergebnisse zu erkämpfen, wirkungslos bleibt“, schreiben Berliner GewerkschaftskollegInnen in einem Offenen Brief an ihre DGB- und ver.di Bezirksvorstände.

Die Politik der Gewerkschaftsführung, den Kampfwillen der ArbeitnehmerInnen zu missbrauchen, um über Protestaktionen auf die Merkel-Regierung Druck für „Korrekturen“ auszuüben, stößt zusammen mit dem Willen und dem Auftrag der Arbeitnehmerschaft an ihre Gewerkschaften, über die gewerkschaftlich organisierte Mobilisierung für klare und alle vereinende Forderungen die Kraft zu schaffen, die diese Regierung zurückschlagen kann:

Die Gesetzesentwürfe zum Sparpaket und zur Kopfpauschale und das Gesetz zur Rente ab 67 müssen zurückgenommen werden.

Schlicht und einfach: Weg mit Sparpaket – Rente mit 67 – Kopfpauschale!

Die ArbeitnehmerInnen und GewerkschaftskollegInnen in Deutschland werden es sich sicher nicht nehmen lassen, sich auf den Kampf ihrer französischen KollegInnen zu stützen, um für ihre Forderungen die organisierte Mobilisierung der Arbeitnehmerschaft durch ihre Gewerkschaften zu erkämpfen.

SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen wenden sich mit einem Aufruf an die SPD-Verantwortlichen und Mitglieder, damit sie durch die Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung und Jugend ihren Platz einnehmen an der Seite der Arbeitnehmerschaft und ihrer Gewerkschaften - und so die Kraft verwirklichen, die geeignet ist, die Regierung Merkel zu stoppen.

Carla Boulboullé